



Klimaschutz- Gesetz 18. Juni

Medienorientierung des Thurgauer Komitees
«Ja zum Klimaschutz-Gesetz»

Montag, 15. Mai 2023, 9.00 – ca. 10.30 Uhr
Pavillon Murg-Auen-Park, 8500 Frauenfeld

Anwesende Personen:

- Walter Schönholzer, Regierungsrat FDP
- Christian Lohr, Nationalrat Die Mitte
- Kurt Egger, Nationalrat Grüne
- Marina Bruggmann, Kantonsrätin und Parteipräsidentin SP Thurgau
- Mathias Dietz, Kantonsrat EVP
- Marc Rüdisüli, Präsident Die Junge Mitte Schweiz
- Nina Schläfli, Kantonsrätin SP
- Simon Vogel, Kantonsrat Grüne
- Nicole Zeitner, Kantonsrätin GLP

Moderation: Kurt Egger, Nationalrat Grüne

1. Begrüssung

Kurt Egger, Nationalrat GRÜNE

2. Ja zum Klimaschutzgesetz - Grundlage für eine griffige Klimapolitik

Kurt Egger, Nationalrat GRÜNE

Das Klimaschutz-Gesetz ist der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Mit dem Klimaschutz-Gesetz soll das Ziel von Netto-Null Treibhausgasausstoss bis 2050 endlich gesetzlich verankert werden. Das Gesetz definiert einen klaren Plan und beinhaltet konkrete Massnahmen, damit die Schweiz das Netto-Null-Ziel erreichen kann.

Das Gesetz beinhaltet konkrete Massnahmen:

- Netto-Null-Ziel mit Zwischenzielen bis 2050 für Gebäude, Verkehr und Industrie.
- Netto-Null-Emissionen für die zentrale Bundesverwaltung bis 2040 (inkl. vor- und nachgelagerte Emissionen).
- Programm zum Ersatz von alten Heizungen in der Höhe von 2 Milliarden Franken über 10 Jahre.
- Innovationsprogramm für Unternehmen in der Höhe von 1.2 Milliarden Franken über 6 Jahre.
- Massnahmen zur Anpassung an und zum Schutz vor den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels.
- Massnahmen zur Verminderung der Klimawirkung von nationalen und internationalen Finanzmittelflüssen.

Damit sollen die Treibhausgas-Emissionen gesenkt, die Folgen der Klimaerhitzung eingedämmt, sowie eine klimafreundliche Ausrichtung der Finanzströme erreicht werden. Kompensationen im Ausland oder negative Emissionsverfahren sind nur als allerletztes Mittel erlaubt. Somit muss der Grossteil der Investitionen in der Schweiz erfolgen, was die regionale Wertschöpfung stärkt und Arbeitsplätzen schafft.

National- und Ständerat haben das Bundesgesetz zu den Klimazielen mit grossen Mehrheiten verabschiedet: Im Ständerat mit 38 Stimmen aus FDP, Die Mitte, EVP, SP und Grünen gegen 4 Stimmen der SVP. Der Nationalrat stimmte mit 139 zu 51 zu. Nur die SVP-Fraktion lehnte das Gesetz ab. Im Kanton Thurgau unterstützen FDP, Die Mitte, EVP, GLP, SP und GRÜNE das Gesetz. SVP und EDU lehnen ab.

3. Ja zum Klimaschutzgesetz - Bedeutung für den Kanton Thurgau

Walter Schönholzer – Regierungsrat FDP Kanton Thurgau

Ich bin oft und gerne in den Bergen unterwegs. Auch auf Hoch-touren in der Gletscherwelt. Was ich da sehe, tut mir im Herzen weh. Für mich ist klar; wir müssen handeln und zwar jetzt und konsequent.

Die Nutzung der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz wie z.B. die Wärmedämmung eines Gebäudes, schaffen im Kanton Arbeitsplätze. Investitionen in Gebäude sind ein hochwirksames Wirtschaftsförderungsprogramm – eine klare Win-Win-Situation.

Mit dem Klimaschutzgesetz gelangen bis 2034 jährlich zusätzliche Fördermittel in der Höhe von rund 6 Mio. Franken in den Kanton Thurgau. Diese werden zur Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz, insbesondere für den Ersatz von ineffizienten Elektroheizungen und fossilen Öl- und Gasheizungen eingesetzt. Mit dem Ersatz einer einzigen Elektroheizung können sie problemlos vier Wärmepumpen betreiben. Mit diesen zusätzlichen Fördermitteln stärken wir im Thurgau die Innovation und die Nutzung von Thurgauer Energieressourcen wie beispielweise Holz, Bodenseewärme, Wärme aus dem Untergrund und Solarenergie.

Dank dem Klimaschutzgesetz gelangen zudem bis 2030 jährlich zusätzliche Fördermittel in der Höhe von rund 6 Mio. Franken zur Förderung klimafreundlicher Technologien in Unternehmen in den Kanton. Wichtig, denn Unternehmen handeln rascher und konsequenter als die Gesellschaft (siehe Energiemangellage Winter 22/23). Energie ist ein wichtiger Produktionsfaktor, und Einsparungen schlagen sich bei den Unternehmen unmittelbar positiv in der Wettbewerbsfähigkeit nieder. Das ist gut für die Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Kanton.

Der Thurgau als grosser Landwirtschaftskanton und wichtiger Lebensmittelproduzent ist überdurchschnittlich stark vom Klimawandel betroffen. Stichworte: Trockenheit (Landwirtschaft, Bewässerung), Überschwemmungen (Thur, Sicherheit), Bio-diversität.

Also; handeln wir jetzt. Wir lösen keine Probleme mit dem Verweis auf Mehrverbrauch an Strom. Es ist ein Fakt – der aber nicht dazu führen darf, weiterhin derart viel CO2 zu emittieren so wie wenn nichts wäre.

Wir können und müssen mehr Strom produzieren – wenn wir wollen. Wir müssen die verbleibende Laufzeit der Atomkraftwerke nutzen für den massiven Zubau von Erneuerbaren. Wir müssen von Technologieverböten absehen.

Das heisst aber auch, dass diejenigen politischen Kreise, die das Klimaschutzgesetz bekämpfen, auch ihren Beitrag leisten müssen und nicht gleichzeitig die Bemühungen für mehr erneuerbaren Strom z.B. mit der Bekämpfung von Windenergie oder bilateralen Abkommen mit der EU (Strommarktabkommen) austricksen. Ich nenne dies unverantwortlich. Als Beispiel sei auch die Bekämpfung des flexiblen Energiefonds genannt.

Wir brauchen mehr Strom – das ist klar – also lasst uns diesen produzieren und unsere Versorgung mit Strom international in Verträgen mit der EU absichern. Auch hier gilt; die EU ist nicht unser Feind, sondern unser wichtigster Partner.

4. Ja zum Klimaschutzgesetz - Schlüsselement für Klimaschutz und Energiesicherheit

Simon Vogel, Kantonsrat GRÜNE

Klimaschutz und die Energiewende gehen Hand in Hand. Die meisten Treibhausgase fallen heute bei der Energieerzeugung durch fossile Energieträger wie Erdöl, Erdgas oder Kohle an. Gemäss dem IPCC bieten der Ausbau von Solar- und Windenergie das grösste Potenzial, um die Emissionen in den nächsten 10 Jahren deutlich zu reduzieren. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung, spielt der Ersatz von fossilen Technologien eine entscheidende Rolle. Beides wird durch das Klimaschutzgesetz vorangebracht.

Die Energiewende im Gebäudebereich wird durch das Klimaschutzgesetz direkt angegangen, in dem der Ersatz von fossilen Heizungen und die Steigerung der Effizienz durch Sanierungen gefördert wird. Für Unternehmen und Industrie bietet das Klimaschutzgesetz Unterstützung beim Umstieg auf Klimaneutrale Lösungen.

Weiter muss das Klimaschutzgesetz als Teil einer Gesamtstrategie zur Erreichung des Netto-Null-Ziels und zur Stärkung der Schweizer Energiesicherheit betrachtet werden. Neben dem Klimaschutzgesetz wird der Mantelerlass zur sicheren Stromversorgung mit erneuerbaren Energien vorangetrieben, mit einer Wasser-, Solar- und Windkraftoffensive.

Heute geben wir jährlich über 8 Milliarden Franken pro Jahr für Öl- und Gas aus dem Ausland aus. Im Jahr 2022 waren es durch die explodierenden Preise der fossilen Energien sogar 13 Milliarden Franken. Zwei Drittel des Energieverbrauchs im Thurgau wird durch importierte, fossile Energiequellen gedeckt. Der Ausstieg aus den fossilen Energien bringt wichtige Wertschöpfung zurück in die Schweiz und investiert in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Diese Energiewende kommt jedoch nicht von alleine, sie braucht grosse Investitionen. Investitionen, welche im Gegenzug Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Inland bringen. Bis 2035 schafft die Energiewende gemäss einer Studie der ZHAW bis zu 50'000 zusätzliche Arbeitsplätze und eine zusätzliche Wertschöpfung von bis zu 77 Milliarden bis ins Jahr 2035. Das Klimaschutzgesetz bringt ebenfalls Planungssicherheit, was die Ausbildung von Fachkräften und den Aufbau von Produktionskapazitäten stärkt.

Auch für die Energiesicherheit ist es unumgänglich, dass wir uns aus den Abhängigkeiten der fossilen Energien befreien. Die aktuelle Energiekrise ist vor allem eine Fossil-Energiekrise. So überrascht es nicht, dass Länder mit einem hohen Anteil an erneuerbarer Energie, weniger von der Energiekrise betroffen waren. Mit einem Ausbau der lokalen und erneuerbaren Energie stärken wir unsere Versorgungssicherheit im Inland und starten wir eine Energiewende, welche weltweit längst begonnen hat. Die Kosten der erneuerbaren Energien sind in den letzten Jahren rapid gefallen und neue Investitionen gehen global bereits vor allem in Solar, Wind- und Wasserkraft.

Die Schweiz muss diese Chance packen und jetzt die Weichen auf eine klimaneutrale, erneuerbare und lokale Energieversorgung stellen. Dies hilft das Netto0-Ziel zu erreichen, schafft Wertschöpfung im Inland und stärkt unsere Energiesicherheit.

5. Ja zum Klimaschutzgesetz - Nichts tun verschlimmert Klimaschäden und Folgekosten

Marc Rüdüsüli, Präsident Die Junge Mitte Schweiz

Die Schweiz als Alpenland ist vom Klimawandel besonders stark betroffen. Massnahmen gegen die Klimaerwärmung sind deshalb von grosser Bedeutung. Die Schweiz hat sich 2017 im Übereinkommen von Paris gemeinsam mit 192 weiteren Staaten und der EU verpflichtet, den Ausstoss von Treibhausgasen zu reduzieren. Gegen den Beitritt zum Übereinkommen wurde kein Referendum ergriffen. Was passiert in der Schweiz?

In den letzten zehn Jahren war es in der Schweiz 2,4 Grad wärmer als in der vorindustriellen Zeit. Die Durchschnittstemperaturen haben sich in der Schweiz doppelt so stark erhöht wie im globalen Durchschnitt. Weltweit waren die Jahre seit 2015 alle wärmer als sämtliche Jahre seit Messbeginn. 2022 war das wärmste je gemessene Jahr in der Schweiz.

- Rückgang unserer Gletscher: Die Gletscher, unsere Wasserspeicher, haben allein im letzten Sommer 6 Prozent ihres Volumens verloren. Das zieht schlimme Folgen für die Wasserversorgung in der Schweiz nach sich.

- Niederschläge und Überschwemmungen: Starkniederschläge sind zwischen 1901 und 2015 um 12 % intensiver und um 30 % häufiger geworden. Auch die Erdbeben häufen sich. Und wir haben weniger Schnee: Unter 800 Metern gibt es heute halb so viele Schneetage wie 1970.

- Hitzesommer und Trockenheit: Heute gibt es je nach Region zwei- bis vier- mal so viele Hitzetage (Höchsttemperatur von 30 °C oder mehr) wie 1960. Die Belastung durch Hitze und Trockenheit steigt. Schon heute sterben in der Schweiz 300 Menschen pro Jahr aufgrund von Hitze. Auch Ernteauffälle häufen sich.

Klimaschäden verursachen in der Schweiz schon heute Kosten in Milliardenhöhe und die Anpassungsmassnahmen kosten dreistellige Millionenbeträge pro Jahr.

In der Schweiz sind die Schäden und Folgekosten des Klimawandels schon heute deutlich spürbar. Wetterextreme wie Dürren, Hitzewellen, Unwetter und das Abschmelzen der Gletscher nehmen zu. Klimaschutz ist deshalb ein Gebot der Stunde. Je länger wir warten, desto schlimmer und teurer werden die Schäden für Tourismus, Landwirtschaft, die gesamte Wirtschaft und mittendrin für den Menschen und die kommenden Generationen. Das unmittelbare ist uns immer näher als die Zukunft, deshalb fällt es uns allen manchmal schwer, jetzt entscheidend zu handeln. Aber das ist gerade beim Klimawandel wichtig. Die Wissenschaft sagt es uns klar und deutlich: Die Klimaerwärmung ist irreversibel. Es macht einen grossen Unterschied, ob sich das Klima weltweit um 1,5 oder 2 Grad oder noch mehr erwärmt.

Klar ist: Wenn wir jetzt in den Klimaschutz und die Anpassungen an die Folgen investieren, spart das zukünftig viel Geld. Wir können den Klimaschutz nicht mehr weiter aufschieben. Darum braucht es die klaren Klimaziele und Massnahmen des Klimaschutzgesetzes. Es ist wichtig, dass wir heute anpacken, was morgen wichtig ist. Es ist viel günstiger, jetzt zu handeln. Jeder einzelne Beitrag hat positive Folgen. Auch die Schweiz hat eine Verantwortung. Nehmen wir sie wahr und schützen, was uns wichtig ist.

Das Klimaschutzgesetz setzt auf Innovation und Förderung und nicht auf Verbote und Steuern. Es nimmt die Menschen mit auf dem Weg hin zu Netto-Null. Mit dem Klimaschutzgesetz handeln wir heute, für die Generationen von morgen!

6. Ja zum Klimaschutzgesetz – eine Zukunft für unsere Wirtschaft

Nicole Zeitner, Kantonsrätin, GLP Thurgau

Tatsache ist, dass das Alpenland Schweiz besonders stark vom Klimawandel betroffen ist. Die Temperaturen sind in den letzten 150 Jahren doppelt so schnell gestiegen wie im weltweiten Durchschnitt. Global beträgt die Erwärmung rund 0.9 Grad, in der Schweiz 1,9 Grad.

Das Extremwetter und die sich verändernde Natur hat nicht nur drastische Auswirkungen auf die Artenvielfalt und die Tierwelt, sondern auf die Landwirtschaft, die Wirtschaft und unsere Lebensqualität. Letztlich geht es bei diesem Gesetz darum, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden auch wirtschaftliche Impulse gesetzt.

So werden zum Beispiel den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten in die Hand gegeben, wie sie den CO₂-Ausstoss vor allem beim Heizen stark reduzieren können. Wer seine Öl-, Gas- oder Elektroheizung ersetzt, wird finanziell entlastet. Ebenfalls wird in die Sanierung des Gebäudeparks investiert, ein unverzichtbarer Hebel, denn unsere Gebäude verantworten 45% unseres Gesamtenergieverbrauchs.

Insgesamt werden daher während zehn Jahren 200 Millionen Franken für das Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz zur Verfügung gestellt. Davon profitieren Hausbesitzer- und Hausbesitzerinnen, Mieter- und Mieterinnen, das einheimische Gewerbe und natürlich das Klima!

Das Klimaschutzgesetz ist auch gut für KMUs, denn durch eine gezielte Innovationsförderung profitieren auch sie. Der Bund leistet Finanzhilfen in der Höhe von 200 Millionen Franken bis 2030. Er unterstützt dabei die Unternehmen bei der Erstellung von Netto-Null-Fahrplänen und trägt zur Entwicklungsförderung für innovative Technologien bei.

Die Investitionen aus dem Klimaschutzgesetz schaffen nicht nur wirtschaftliche Chancen und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit, sondern sie ermöglichen auch Planungssicherheit für das einheimische Gewerbe und die Exportwirtschaft.

Das Potential zusätzlicher inländischer Wertschöpfung wird laut einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft auf 77 Mia. Franken bis 2035 geschätzt. Setzt man dies ins Verhältnis zu den Fördergeldern, so wird deutlich, dass sich diese Investitionen auch für den Staat lohnen werden.

Aktuell fließen noch jährlich durchschnittlich 8 Milliarden Franken für fossile Energieträger wie Öl, Gas und Kohle ins Ausland. Im Jahr 2022 waren es sogar 13 Milliarden. Mit diesem Geld kann stattdessen die einheimische Wirtschaft gestärkt werden. Diese Abhängigkeit von fossiler Energie ist der grösste Unsicherheitsfaktor unserer Energieversorgung. Das Parlament hat mit der Revision des Strom- und Energiegesetzes wegweisende Schritte für die Versorgung mit einheimischer erneuerbarer Energie gemacht. Dank wichtigen Effizienzverbesserungen und den erneuerbaren Energien kann ein nachhaltiger, unabhängiger Energiemix in der Schweiz etabliert werden.

Unsere innovativen Unternehmen und unsere Spitzenuniversitäten ermöglichen es dem Schweizer Wirtschafts- und Forschungsstandort auch international eine technologische Vorreiter- und Führungsrolle bei der Implementierung dieser Technologien zu übernehmen.

Innovative Technologien für den Klimaschutz werden zu einem Zukunftsmarkt der Schweiz. Das schafft Wohlstand und generiert Arbeitsplätze für eine nachhaltige Zukunft und statt auf neue Verbote und Steuern setzt das Klimaschutzgesetz auf ein klares wirtschaftliches Impulsprogramm und Innovation.

Zusammengefasst: Wem der Erhalt einer intakten Natur am Herzen liegt, sagt schon aus diesem Grund ja zum Klimaschutzgesetz. Mit dem Klimaschutzgesetz bekennen wir uns klar zum Erhalt der

Lebensqualität in der Schweiz und übernehmen heute die Verantwortung für die Generationen von morgen. Gleichzeitig stärken wir unsere Wirtschaft mit Investitionen und Innovation im Klimabereich, generieren so zukunftsfähige Arbeitsplätze und stärken den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz.

Haben wir also Mut zur Lösung und schützen was uns lieb und wichtig ist!

7. Ja zum Klimaschutzgesetz - Gebäudesanierung und Umstieg auf effiziente Elektroenergie

Mathias Dietz, Kantonsrat EVP

Dass wir Menschen uns Ziele setzen, ist ganz entscheidend für unseren Weg. Ohne Ziele sind wir orientierungslos unterwegs

Ein Beispiel dazu:

Wir wohnen in einer Liegenschaft, die 1963 erbaut und bis 2019 mit Oel geheizt wurde. Der Verbrauch bei unseren Vorgängern lag bei rund 5000 Liter pro Jahr (inkl. Warmwasseraufbereitung), wir schafften es, den Verbrauch auf 3500 Liter zu reduzieren, dafür haben die meisten Gäste im Winter gefroren ...

Wir setzen uns das Ziel, das Haus schrittweise zu sanieren und alles zu optimieren. Wir kamen nicht darum herum, eine Gesamtsanierung vorzunehmen, das Haus optimal zu dämmen, Fenster und Dach zu ersetzen.

Die Oelheizung wurde ersetzt durch eine Wasser-Luft-Wärmepumpe. Der Holzspeicherofen mit Wärmetauscher heizt in der Übergangszeit.

Weil wir auch noch in eine PV-Indachanlage investierten, wurde die Elektromobilität ein Thema und wir haben ein kleines E-Auto gekauft. Das Förderprogramm des Kantons hat uns geholfen.

Was will ich sagen mit diesem Beispiel: Wenn wir noch weiter mit Oel geheizt hätten, wären zwar keine grossen Investitionen angefallen, dafür hätten wir weiterhin viel höhere laufende Kosten als heute, hätten weiterhin auf einen fossilen Brennstoff setzen müssen, wären weiterhin abhängig vom Ausland und den unethischen Gebaren der Lieferländer und hätten weiterhin zur CO₂-Belastung beigetragen.

Die elektrische Energie, die wir jetzt hauptsächlich über unser Dach beziehen, ist durch den Einsatz der Wärmepumpe drei- bis viermal effizienter fürs Heizen und die Warmwasseraufbereitung.

Wir haben mit der Gesamtsanierung und Erneuerung der Heizung ausschliesslich regionales Gewerbe unterstützt (schafft Arbeitsplätze, generiert Steuereinnahmen etc.) – dazu hören wir auch von Nicole Zeitner noch mehr.

Das Klimaschutzgesetz, welches für mich auch ein „Innovationsgesetz“ ist, will genau das: Wir setzen uns Ziele und Teilziele, damit wir 2050 dort sind, wo wir hinwollen.

In der Schweiz werden derzeit noch 900 000 Gebäude fossil geheizt. Damit wir bis 2050 klimaneutral werden, müssen pro Jahr 30 000 Gebäude umgerüstet werden. 2021 wurden rund 14 000 Gas- und Ölheizungen ersetzt. Die Fördermittel können den Heizungsersatz zusätzlich beschleunigen.

Wir müssen mit unseren Energieressourcen sparsamer umgehen! Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht produziert werden! Einiges hat sich auch schon getan, so konnte der Gesamtverbrauch der Haushaltgrossgeräte und Elektronikgeräte seit 2002 um 16,3 % reduziert werden, obwohl die Anzahl Geräte um 41,2 % zugenommen hat.

8. Ja zum Klimaschutzgesetz - Heutige Abhängigkeiten und zukünftige Unabhängigkeiten

Marina Bruggmann und Nina Schläfli, Kantonsrätinnen SP Thurgau

Die Schweiz ist im Energiebereich stark vom Ausland abhängig. Im Jahr 2021 wurden rund 70% der Energieträger importiert. Die Tendenz ist zwar sinkend, über zwei Drittel der Schweizer Heizungen werden aber immer noch mit fossilen Energien betrieben. Die dafür notwendigen Öl- und Gasimporte kommen nicht selten aus Diktaturen und Bürgerkriegsländern.

Neben den Schäden für Klima und Umwelt hat das auch politische Folgen: Wir finanzieren mit unserem Geld Autokraten und Diktaturen, Menschenrechtsverletzungen und andere Verbrechen. Unsere Abhängigkeit macht uns zudem erpressbar: Weil wir auf Erdöl und Erdgas angewiesen sind und es wenige alternative Anbieter auf dem Markt gibt, fallen die politischen Folgen und Sanktionen für diese Staaten häufig nicht so aus, wie sie ausfallen könnten.

Das wissen wir schon lange, der Krieg in der Ukraine hat uns das aber wieder deutlich vor Augen geführt. An diesem Beispiel haben wir leider auch gesehen, was passiert, wenn dann doch Sanktionen beschlossen werden: Die Versorgungssicherheit der Schweiz und ganz Europa ist in Gefahr.

Um unsere Unabhängigkeit und Energiesicherheit zu fördern, ist es darum notwendig, sich von Gas- und Ölimporten aus Diktaturen und Bürgerkriegsländern zu lösen. Die ausgewogenen Lösungen, die im Klimaschutzgesetz vorgeschlagen werden, ermöglichen Chancen für die Schweizer Wirtschaft und inländische Wertschöpfung – fast unabhängig vom Ausland. Lokal produzierte, nachhaltige Energie minimiert diese Abhängigkeiten und ermöglicht uns zukünftig auch politische Lösungen, die befriedigender sind als momentan.

9. Ja zum Klimaschutzgesetz - Ja zur gesellschaftlichen Verantwortung

Christian Lohr, Nationalrat die Mitte

Geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien

In den letzten Monaten, Wochen, Tagen und Stunden sind Sie mit vielen Fakten und weniger wahren Informationen zum Klimaschutzgesetz eingedeckt worden. Die Frage, ob man am 18. Juni an der Urne Ja sagen soll oder nicht, Sie ist zwischenzeitlich zu einer eigentlichen Glaubensfrage hochstilisiert worden. Wem kann man in dieser Phase vor einer Abstimmung, in welcher viele vor lauter Emotionalität den Überblick verloren haben, überhaupt noch trauen? Deshalb verspreche ich, Ihnen jetzt mit einem anderen Ansatz aufzuzeigen, weshalb wir in viereinhalb Wochen vor allem eine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen haben.

Zu unseren verfassungsmässig abgestützten Aufgaben zählt, dass wir in unserem Land unter anderem zum sozialen System Sorge tragen, ein qualitativ gutes und finanzierbares Gesundheitswesen aufrechterhalten, die Sicherheit in unserem Land gewährleisten und für Bildung und Arbeitsplätze eintreten. Ohne Frage gehört aber auch dazu, für eine intakte Umwelt die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen. Das hat mit parteipolitischen Überlegungen wie auch mit ideologischen Gedanken meiner Ansicht nach überhaupt nichts zu tun. Auch gefällt mir die manchmal etwas künstlich aufgebaute Dissonanz zwischen den Generationen hier überhaupt nicht.

Wir haben gemeinsam die Verantwortung, die richtigen Entscheidungen zu treffen, um unsere Umwelt zu schützen. Die Alternative besteht deshalb nicht in der Wahl zwischen Auto und Bahn, sondern wie nütze ich beides ergänzend und schone dabei Natur, Landschaft und die Menschen. Nachhaltigkeit für die Zukunft erreichen wir nur mit einem gemeinsamen Verständnis für die Sache. Gleichgültigkeit gegenüber Zielen mit Vernunft kann nicht der anzustrebende Weg sein.